

WIRTSCHAFTS
NOTIZENFalks Verteidigung
legt Revision ein

HAMBURG. Die Verteidigung des verurteilten früheren Multimillionärs und Hamburger Internetunternehmers Alexander Falk hat Revision eingelegt. Falk war am 9. Juli vom Frankfurter Landgericht wegen Anstiftung zu einem Schuss auf einen Wirtschafts-anwalt zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Hintergrund sei eine Millionenklage gewesen, die der Jurist gegen Falk vorbereitete, hieß es in der Urteilsbegründung. Falk kam dennoch frei, der Haftbefehl wurde ausgesetzt. Die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert.

Weniger Arbeit
für die Industrie

KIEL. Die schleswig-holsteinische Industrie hat in den ersten Monaten seit Beginn der Corona-Krise rund fünf Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Besonders betroffen waren von März bis Mai die Auto-Zulieferindustrie (minus 25 Prozent), die Elektrotechnikbranche sowie die Druckindustrie (jeweils rund minus 20 Prozent), teilte das Statistikamt Nord gestern in Kiel mit. Mehr Arbeit geleistet wurde in den Raffinerien (plus 4,3 Prozent) und bei der Herstellung sonstiger Waren (plus 3,6 Prozent). FOTO: DPA

Ab 2022 Nachtzug
Stockholm-Hamburg

STOCKHOLM/HAMBURG. Schweden will spätestens zum August 2022 eine Nachtzugverbindung zwischen Stockholm und Hamburg sowie Malmö und Brüssel einrichten. Das teilte das schwedische Verkehrsministerium gestern mit und nannte das Interesse der Schweden am klimabewussten Reisen als Begründung. Die Züge sollen täglich und ohne Umstieg auf den Strecken Stockholm-Hamburg und Malmö-Brüssel verkehren. Nach Hamburg soll die Reise elf Stunden dauern, nach Brüssel acht.

GEWINNZAHLEN

Quoten Mittwoch

„6 aus 49“: 1. Rang unbesetzt, Jackpot 9 873 889,70 €, 2. Rang unbesetzt, 862 344,40 €, 3. Rang 15 969,30 €, 4. Rang 3553,60 €, 5. Rang 193,70 €, 6. Rang 35,80 €, 7. Rang 21,40 €, 8. Rang 8,90 €, 9. Rang 5 €. - **Spiel 77**: 1. Rang 2 477 777 €, 2. Rang 77 777 €, 3. Rang 7777 €, 4. Rang 777 €, 5. Rang 77 €, 6. Rang 17 €, 7. Rang 5 €. - **Super 6**: 1. Rang 100 000 €, 2. Rang 6666 €, 3. Rang 666 €, 4. Rang 66 €, 5. Rang 6 €, 6. Rang 2,50 €.

Keno vom 23. 07. 2020

6, 11, 13, 20, 21, 24, 28, 30, 32, 40, 42, 47, 51, 52, 54, 57, 63, 66, 68, 69 Plus 5: 8 8 8 15
(Alle Angaben ohne Gewähr)



Lars Glindemann, Geschäftsführer der gleichnamigen Kiesabbaufirma (li.), und Tobias Koch, Chef der CDU-Landtagsfraktion, im Kieswerk Stocksee.

FOTO: HFR

Sand und Kies werden Mangelware

Restabbauzeit genehmigter Flächen liegt bei nur acht Jahren – Rohstoffindustrie: Schutzgebiete blockieren Ausbeutung

VON GERRIT SPONHOLZ

STOCKSEE. In Schleswig-Holstein werden Sand und Kies für Wohnungs- und Straßenbau knapp. Die Abbaufächen reichen nur noch für wenige Jahre, warnt Thomas Prenzer vom Verband der Bau- und Rohstoffindustrie. Die CDU-Landtagsfraktion wünscht von Land und Kreisen, mehr Gebiete für eine Ausbeutung freizuhalten. Der Umweltverband BUND entgegnet, lieber alte Baustoffe wiederzuverwerten und auf Straßenbau zu verzichten. Das Land will Flächen sichern, verweist aber auch an die Kreise. „Theoretisch gibt es genug Sand und Kies“, sagt Prenzer. „Aber wir kommen nicht ran!“ 212 Gebiete mit mineralischen Rohstoffen hatte Birgit Kosack-Bohl vom Ingenieurgeologischen Büro Alko aus Kiel identifiziert. Darunter 170 mit Sand und Kies, sagt sie. „Die wichtigste Region bilden Damsdorf, Tensfeld und Tarbek im Kreis Segeberg.“

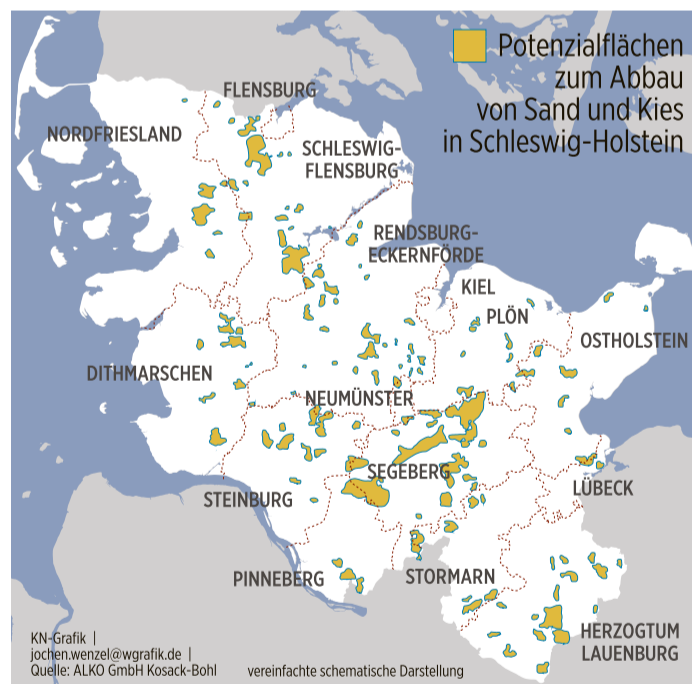
Ein großer Teil wird bereits ausgebeutet oder könnte gut erschlossen werden. Seit 2010 steigen die Nachfrage und Produktion: Von 13 Millionen Tonnen Sand und Kies in Schleswig-Holstein auf 16 bis 17 Millionen, davon 6,5 Millionen allein im Kreis Segeberg, sagt Kosack-Bohl. „Das deckt noch den Bedarf, auch weil aus dem Ausland zugekauft wird.“ Der-

zeit betrage die durchschnittliche Restabbauzeit aller genehmigten Abbaufächen mit Sand und Kies nur etwa acht Jahre. „Damit ist weder eine mittelfristige noch eine langfristige Rohstoffversorgung gesichert.“

Gleichzeitig werde immer mehr Sand und Kies für Straßenbau, Wohnungsbau und Fundamente von Windkraftanlagen benötigt. „Aber es droht eine Blockade bei der Hälfte der Potenzialflächen.“ So würden Kreise sie als Landschaftsschutzgebiete ausweisen.

„Aber auch Ortslagen und Straßen schränken die Rohstoffgewinnung ein.“

„Da ist Druck auf dem Kessel“, warnt auch Verbandsvertreter Prenzer. Es müssten schon Rohstoffe aus Schottland und Norwegen importiert werden. Das sei wenig umweltverträglich. Sand und Kies aus Schleswig-Holstein diene auch anderen wie Hamburg oder Großprojekten wie dem Bau der Fehmarnbelt-Querung. Sein Vorschlag: Erst Kies abbauen, und dann die Flächen naturnah herrichten.



KN-Grafik | jochen.wenzel@wgrafik.de | Quelle: ALKO GmbH Kosack-Bohl vereinfachte schematische Darstellung

Ähnlich sieht es die CDU-Landtagsfraktion. „Es zeichnen sich Verknappungstendenzen ab“, warnen Vorsitzender Tobias Koch und die Wirtschaftsexperten Hans-Jörn Arp und Lukas Kilian. Das Land sollte in Regionalplänen dem Abbau Vorrang einräumen. In Gesprächen mit den Kreisen soll ein „interessengerechter Ausgleich im Spannungsfeld zwischen Landschaftsschutzgebieten und potenziellen Abbaugebieten geschaffen werden.“ Außerdem sollten Land und Kommunen verpflichtend Recyclingbaustoffe einsetzen. Private und gewerbliche Bauherren könnten mit staatlicher Förderung gelockt werden.

Das wäre im Sinne des BUND. „Recycling geht vor!“, sagt Landesgeschäftsführer Ole Eggers. Es sei nicht gut, große Mengen in den Straßenbau zu stecken. Ähnlich denkt Umwelt-Staatssekretär Tobias Goldschmidt. Er hält eine Rohstoffversorgung für wichtig, setzt aber auch auf „verantwortungsvollen Umgang mit Sand und Kies, Vermeidung von Neubauten, alternative Baustoffe und Recycling“.

Lars Glindemann von der gleichnamigen Abbaufirma aus Grevenkrug sieht die Landesplanung gefordert. Mit hiesigem Sand und Kies seien die Elbphilharmonie in Hamburg gebaut, das UKSH in Kiel und

die A 7 erweitert worden. Neue Abbaufächen würden von Kreisen mit Verweis auf den Landschaftsschutz nicht genehmigt. Und im Entwurf der neuen Regionalplanung reichten die geplanten Abbaufächen nicht aus. Sand und Kies würden knapp, Bauen teurer.

„Theoretisch gibt es genug Sand und Kies. Aber wir kommen nicht ran!“

Thomas Prenzer, Verband Bau- und Rohstoffindustrie

Das Innenministerium will in den Regionalplänen „ausreichend Flächen für den Rohstoffabbau sichern“, versichert Sprecher Dirk Hundertmark. Die Kreise müssten aber nicht warten. Anders als bei der Windkraft könnten sie jetzt schon „im Rahmen der fachgesetzlichen Regelungen“ Kiesabbau zulassen, auch außerhalb geplanter Rohstoffgebiete.

Der Kreis Segeberg zumindest sieht sich nicht als Bremser. Die bisherigen Landschaftsschutzgebiete bestünden seit vielen Jahren, „einige sind mehr als 30 Jahre alt“, sagt Sprecherin Sabrina Müller. Gleichzeitig gebe es im Kreis 57 genehmigte Abbaustandorte für Rohstoffe.

Biogas ist jetzt auf dem Rückzug im Norden

Fehlende Perspektiven und hohe Auflagen: Verbände rechnen mit Rückbau – Klimafreundliche Wärmeversorgung stehe auf dem Spiel

VON FLORIAN HANAUER

KIEL. Die Prognose für Biogas sieht in Schleswig-Holstein nicht günstig aus: Der Anlagebestand werde voraussichtlich sinken, weil es zu vielen Rückbauten kommt, wie der Fachverband Biogas und der Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein berichten. Deshalb dürfte die aus Biogas erzeugte Strom- und Wärmemenge 2020 sinken.

In Schleswig-Holstein Sorge die Biogasbranche für eine „verlässliche und speicherbare regenerative Energieversorgung“, sagt Fabian Fallner, Geschäftsführer des Verbands für Erneuerbare Energien. 858

Anlagen gab es im Jahr 2019, was trotz einiger Stilllegungen einen Netto-Zubau von noch vier Anlagen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Jahr für Jahr hat die Zahl zugenommen. Doch jetzt müsse man erstmals seit dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit einem Rückgang rechnen.

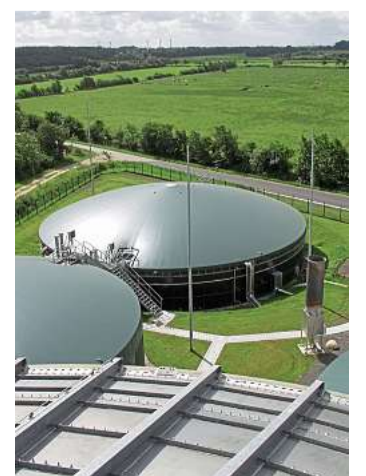
„Die Biogasbranche steht an einem Kipppunkt – in Schleswig-Holstein ebenso wie in ganz Deutschland“, warnt Fallner. In den nächsten Jahren werden viele Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom nach 20 Jahren aus dem EEG fallen. Doch auch für den Klimaschutz stehe laut der Ver-

bände einiges auf dem Spiel: Die Anlagen vermieden in Schleswig-Holstein etwa 1,8 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr. Gerade im ländlichen Raum seien Biogasanlagen wichtig für die klimafreundliche Wärmeversorgung. „In Schleswig-Holstein erzeugten Biogasanlagen schon 2018 rund zwölf Prozent der benötigten Wärme“, sagt Fallner. Wenn die Landesregierung diesen Anteil auf 22 Prozent erhöhen wolle, müsste Biogas ausgebaut werden.

Die Gründe für die Stilllegung liegen laut Verband in der fehlenden Perspektive, den ständig steigenden technischen Anforderungen und Auflagen und auch der mangel-

den Wertschätzung. Nachsteuern müsse man bei den Bedingungen für die Ausschreibungen, auch solle das EEG angepasst werden, und schließlich müsse die Vergütung für Anlagen, die Gülle vergären können – in Schleswig-Holstein kein unwichtiger Faktor – angepasst werden.

In der Kritik stehen Biogasanlagen aber auch, weil sie teils viel mit Nutzpflanzen wie Mais betrieben werden. Doch der Verband weist darauf hin, dass viele Landwirte umgesteuert haben und andere Pflanzen ausprobieren, wie etwa die „Durchwachsende Silphie“, die zu Artenvielfalt und Insektenschutz beitragen.



In Schleswig-Holstein gab es 2019 einen Netto-Zubau von vier Biogasanlagen. FOTO: RADTKE